



# Diskriminierung von Eigenkapital endlich ein Ende setzen!

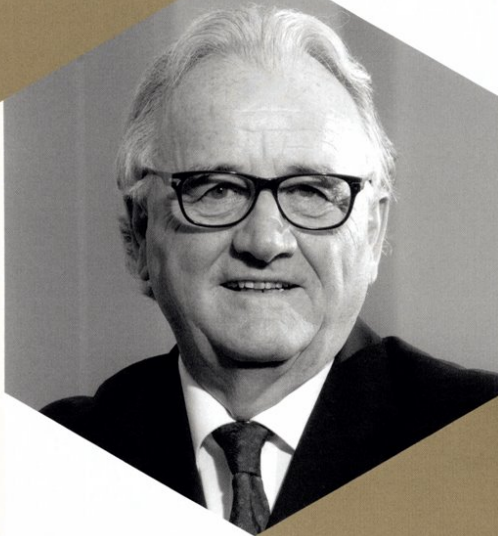
Von Hans Harrer  
Vorstand des [Senats der Wirtschaft](#)

**F**ür den Mittelstand war die Hausbank zur Finanzierung von Wachstum und Innovationen über Jahrzehnte der wichtigste Ansprechpartner. Doch die Zeiten haben sich geändert. Insbesondere lokalen Banken wird durch eine überbordende Regulierungswut die Basis genommen, um den Mittelstand finanzieren zu können. Die Folgen für die [Wirtschaft](#) und – viel wichtiger – für die Gesellschaft sind fatal. Daher sind alle gefordert, an den zukunftsfähigen Konzepten zu arbeiten – die Unternehmer, die Banken, Repräsentanten neuer Finanzierungsinstrumente und auch die Politik. Wir als [Senat der Wirtschaft](#), die größte unpolitische, parteiunabhängige [Wirtschaftsorganisation](#), sind an einem Miteinander interessiert, weil wir nur so zu neuen Lösungen kommen. Daher zeigen wir nicht nur auf, wo es hakt, sondern entwickeln konkrete Vorschläge. Eines ist allerdings klar: Kosmetische Veränderungen bringen nichts! Wir brauchen eine gründliche Verbesserung des Finanz- und Kapitalmarktklimas. Es müssen Anreize für die Eigenkapitalbeschaffung von Unternehmen, aber auch für Investoren durch den Gesetzgeber geschaffen werden. Eine Erleichterung der Beteiligungs- und Eigenkapitalfinanzierung durch die Schaffung eines Beteiligungsfreibetrages für private Investoren und der leichtere Zugang zu Wagniskapital für innovative Unternehmen sind absolut notwendige Schritte. Besonders wichtig ist dabei, dass die steuerliche Diskriminierung von Eigenkapital im Vergleich zu Fremdkapital ein Ende hat. Im Zusammenhang mit dem AIFM, dem Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz, schlägt der

[Senat der Wirtschaft](#) die Verankerung einer einfachen Schwelle von EUR 10.000 anstatt der aktuell gültigen EUR 100.000 vor, und zwar ohne weitere einschränkende Regularien. Außerdem die Streichung der derzeitigen Forderung nach vier Jahren Erfahrung für Privatanleger bei der Veranlagung in Private-Equity-Dachfonds, die Streichung der derzeit gültigen Beschränkung von Private-Equity-Fonds-Investitionen auf nicht börsenorientierte Unternehmen sowie das Ermöglichen von mittelbaren Investitionen durch Beteiligungen eines Dachfonds an weiteren Dachfonds. Durch eine Liberalisierung kann Österreich im europäischen Vergleich aufschließen und mittelständischen Unternehmen die gleichen guten Zugangsmöglichkeiten zu Kapital und Expertise von Private-Equity-Fonds gewährleisten, wie dies im Ausland bereits der Fall ist. Der damit zu erzielende [wirt.](#) schaftspolitische Effekt liegt klar auf der Hand. Die Vermeidung der Abwanderung von Unternehmen – und damit von zukunftsrelevanten Arbeitsplätzen – in Länder mit besseren Rahmenbedingungen sowie die Attraktivierung Österreichs als Kapital- und Finanzplatz im internationalen Wettbewerb.

Die Finanzierung mittelständischer Unternehmen mit privatem Beteiligungskapital (Private Equity) ist in Österreich im europäischen Vergleich sehr schwach ausgeprägt. Der prozentuelle Anteil Private-Equity-finanzierter Unternehmen am BIP zeigt, dass im Frühphasensegment der Neugründungen und Start-ups Österreich auf immerhin zwei Drittel des europäischen Durchschnitts kommt, bei bereits etablierten mittelständischen Unternehmen liegt diese wichtige

Foto: [www.richardhanzer.com](http://www.richardhanzer.com)



## „Wir brauchen eine gründliche Verbesserung des Finanz- und Kapitalmarktklimas“

Finanzierungsform mit einem Zehntel des durchschnittlichen Anteils in Europa aber weit zurück. Der österreichische Mittelstand – das Rückgrat unserer Wirtschaft – hat es offensichtlich deutlich schwerer, durch Private-Equity-Fonds unterstützt zu werden. Dazu gehören neben Kapital auch Marktexpertise, Branchen-Know-how und Erfahrung der Private-Equity-Manager. Fehlen diese Finanzierungsmöglichkeiten mit dem Zugang zu wertvoller Expertise, bleiben Innovationen und die Entwicklung von Zukunftstechnologien unter Umständen aus. In der Folge wandern Unternehmen inklusive der von ihnen geschaffenen zukunftsorientierten Arbeitsplätze häufig in Länder ab, in denen das Finanzierungsumfeld deutlich besser ist.

### Reform des österreichischen Gesellschaftsrechtes

Hinzu kommt, dass wir unseren Wirtschaftsstandort – durch Anpassung des österreichischen Gesellschaftsrechtes an internationale Standards – wieder stärken müssen! Diese längst geplante, dringend nötige Reform muss nun endlich auch beschlossen werden, um wachsenden KMUs die Einbeziehung von Partnern zu ermöglichen, Betriebsübergaben ebenso wie Ausgründungen aus Universitäten zu erleichtern und generell den Standort für Gründer und Investoren attraktiver zu machen. Auch wenn es inhaltlich weitgehende Übereinstimmung unter den Regierungsparteien, den Wissenschaftlern und Stakeholdern gibt – bei der Entbürokratisierung scheiden sich die Geister. Die Aufhebung der Notariatspflicht wird ebenso

wie die Reform des Firmenbuchs durch Teile der Justiz blockiert. Dadurch wird die österreichische Wirtschaft, insbesondere deren tragende Säule, der Mittelstand, in Geiselnhaft genommen.

Eine Vielzahl von Neuerungen sollte dabei berücksichtigt werden. Der Entfall der verpflichtenden notariellen Einbindung bei Kapitalerhöhungen oder Anteilsübertragungen, eine international wettbewerbsfähige Form der Mitarbeiterbeteiligung, eine unbürokratische und digitale Möglichkeit zur Unternehmensgründung, die Entbürokratisierung der Prüfpflichten am Firmenbuchgericht sowie die Möglichkeit, einen rein englischsprachigen Gesellschaftsvertrag zu nutzen, sind nur einige davon.

Aber auch die Unternehmen müssen umdenken: Anteile an einen neuen Partner zu übertragen ist für viele traditionelle mittelständische Familienunternehmen undenkbar. Das muss sich ändern! Unternehmer und Eigentümer müssen die Türen und Fenster weit öffnen und frische Luft in Form von neuen Geschäftsmodellen, neuen Vertriebsnetzwerken im Umfeld großer Investoren und frisches Geld in Form von Investitionskapital hereinlassen. Es gibt unzählige Best-Practice-Beispiele, wo dadurch ein gewaltiges Wachstum und große Innovationsschübe erzielt werden konnten, die Arbeitsplätze mit Zukunft geschaffen haben. Wenn diese Offenheit nicht schnellstens Einzug hält, verpasst der Mittelstand die Zukunft.

senat.at